

entloft 10-20,
5-6; Karot-
Nettliche 3-8;
aten 25-40;
ben 4-6.
Zufuhr 20
Wofobst auf
eis 3,20-3,50

nd auch aus
on legt stark
beschäft wäre,
in. Während
fuhr an Post
n bemerkbar.
rk vertreten,
Dedenproun,
rg wird noch
cht groß, nur
achtung. Auf-
mäne, Jakob
l. Bismarck-
Binnen ließ
. Der übrige
s bemerkens-
i den Toten-
men in ver-
es nicht an
hwarzwurzel,
und anderen
s waren bei-
eute sind ge-
dieselbe nicht
rt wird nur
che Lage mit
außerordent-

ale.
den
m
er Film
zeigt.

Sie nur
diese
parsame
e in
packung

erhältlich
20 Pfg.

immer-
nung

a 1. April 1932
ucht.
mit Preis und
nt. R. 273
-St. ds. Bl.

ieder-
tel in

durch
sten-
29
Verlag

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Nachschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld.

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 275

Dienstag, den 24. November 1931

Jahrgang 104

Die Grundlinien des Wirtschaftsprogramms

Schlusssitzung des Wirtschaftsbeirates -- Das vereinbarte Ziel: Ankurbelung der Wirtschaft durch Senkung aller Aufwendungen -- Die Regierung wird jetzt beschleunigt handeln

— Berlin, 24. Nov. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand gestern in der Reichskanzlei die Schlusssitzung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung statt. Reichskanzler Dr. Brüning berichtete über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen, worauf Reichsbankpräsident Dr. Luther und einige Reichsminister und Mitglieder des Wirtschaftsbeirates ergänzende Ausführungen machten.

Der Reichskanzler fasste das Ergebnis der Beratungen in folgenden 8 Punkten zusammen, die nach seinen Mitteilungen wertvolle Anregungen für die Reichsregierung bei den bevorstehenden Entscheidungen geben:

1. Aufgabe. Der Sinn der in Aussicht zu nehmenden wirtschaftlichen Maßnahmen sei, die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe gebundene Preisentwicklung auf dem Weltmarkt und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen.

2. Notwendige Voraussetzungen. Als solche werden eine gesunde Privatwirtschaft Wiedererweckung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft, Klärung der Stillhaltfragen bezeichnet. Für die Klärung der Stillhaltfragen stellt sich der Wirtschaftsbeirat dem deutschen Schuldnerkomitee zur Verfügung.

3. Preisbildung. Im Rahmen der Aufgaben des Wirtschaftsprogramms liege in erster Linie eine Einwirkung auf Preise und Löhne. Unter Lockerung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, würden sie in Übereinstimmung miteinander herabgesetzt werden müssen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch nicht empfohlen, dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Wertniveau entsprechende Preislage bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird. Der Wirtschaftsbeirat hält ferner eine Verringerung der hohen Preisspannen für landwirtschaftliche Güter für geboten. Ferner erscheine eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich, wobei jedoch der Grundsatz des Tarifvertrages erhalten bleiben müsse. Die Tarifverträge seien anzukordern.

4. Kredit und Zins. Alle Maßnahmen seien hier im Rahmen der Organisation der Reichsbank durchzuführen. Eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft sei unbedingt anzustreben. Die Ansichten über die Wege, die zu diesem Ziele führen könnten, waren jedoch geteilt.

5. Öffentliche Tarife. Hier sei vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich. Von größter Bedeutung sei die Senkung der Reichsbahn Tarife für einzelne für die Volkswirtschaft besonders wichtige Güter. Der Wirtschaftsbeirat stimmt dem zu, daß die Tarife für Straßenbahn, Gas und elektrischen Strom durch nachdrückliche Einwirkung der Reichsregierung tunlichst gesenkt werden sollen.

6. Wohnungswirtschaft. Hier wird eine Herabsetzung der Mieten für unbedingt geboten erklärt. Was vor allem durch Änderung der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft ermöglicht werden könne. Die Termine für die Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft seien zweckmäßigerweise weiter vorzurücken. Ebenso tritt der Beirat den Plänen der Reichsregierung hinsichtlich des Hauszinssteuerproblems bei, wo ein gestaffelter Abbau wünschenswert erscheint.

7. Bankenorganisation. Der Wirtschaftsbeirat weist auf die bedenklichen Erscheinungen am Geld- und Kapitalmarkt hin, denen die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Auf Stärkung der öffentlichen Kreditinrichtungen sei zwecks Versorgung der kleineren Unternehmungen Bedacht zu nehmen. Diese Ziele könnten jedoch nur im Wege freiwilliger Vereinbarung zu erreichen sein.

8. Landwirtschaft. Da tatsächlich schon im Interesse der Volksernährung die ordnungsmäßige Fortführung der Betriebe mit allen verfügbaren Mitteln gesichert werden müsse, hielt der Ausschuss eine Prüfung der Frage für geboten, wie weit diesem Erfordernis ebenso wie im Düngemittelgebiet überall in Deutschland Rechnung zu tragen sei, ohne die Kreditlage der Landwirtschaft zu verschlechtern und die Kreditgeber zu gefährden.

Nach Darlegung dieser Leitätze betonte der Kanzler, es müsse Gemeingut des gesamten Volkes werden, daß nur der Weg der Herabsetzung aller Aufwendungen den Boden für den Aufstieg auf gesunder und solider Grundlage und damit für eine möglichst umfassende Wiedereinschaltung der Millionen von beklagenswerten Arbeitslosen in den Wirt-

schaftsprozess bereiten kann. Nur wenn alle, auch unter vorübergehenden Opfern, auf das gleiche Ziel zustreben, könnten die Vorschläge des Wirtschaftsbeirates und die Maßnahmen der Reichsregierung vollen Erfolg haben.

Der Reichspräsident führte in seiner Schlussansprache aus, daß der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung eine wertvolle Hilfe geleistet habe. In grundlegenden Fragen sei es gelungen, eine gemeinsame Linie zu finden. Insbesondere stimme der Wirtschaftsbeirat mit der Reichsregierung in ihrer Auffassung über Zweck und Ziel der jetzt erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen überein. Die Pflicht des Handelns liege nun bei der Reichsregierung. Gestützt auf die beschlossenen Leitätze und die aus der Aussprache gewonnenen Anregungen werde die Reichsregierung nunmehr ihrerseits die Maßnahmen beschließen, die zur Wiedergesundung der Wirtschaft und der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens notwendig seien. Er hoffe, daß das Reichskabinett die erforderlichen Entscheidungen mit aller Beschleunigung fassen werde.

Das Reichskabinett berät die neue Notverordnung

Nachdem die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates nunmehr abgeschlossen worden sind, wird das Reichskabinett voraussichtlich schon im Laufe des heutigen Dienstag die Beratungen über die neue Notverordnung beginnen, in der das sogenannte "Winterprogramm" niedergelegt werden soll. Das Kabinett will seine Arbeiten beschleunigen und womöglich jeden Tag Sitzungen abhalten. Trotdem rechnet man mit der Fertigstellung der Verordnung frühestens Ende nächster Woche. Neben Maßnahmen rein wirtschaftspolitischer Natur soll die neue Notverordnung auch gewisse Bestimmungen zur Reform der Sozialver-

Tages-Spiegel

Der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung trat gestern zu einer Schlusssitzung zusammen, in welcher der Reichskanzler über den Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen berichtete.

Die Reichsregierung wird nunmehr die Beratung des neuen Wirtschaftsprogramms mit Beschleunigung zu Ende führen und die hieraus notwendig werdenden Maßnahmen im Wege einer Notverordnung durchzuführen.

Die Führer der Sozialdemokratie haben gestern Abend den Reichskanzler vor den politischen Maßnahmen einer weiteren Lohnsenkung und Auflockerung des Tarifrechts gewarnt.

Das Reichsfinanzministerium hat die Aufhebung von neun Finanzämtern in Württemberg verfügt.

Das weitere Vordringen Japans in der Nordmandschurei löst in Moskau große Erregung aus. In der Presse werden unmißverständliche Drohungen gegen Japan laut.

Sicherung, in erster Linie der Invalidenversicherung und außerdem noch die Erschließung neuer Einkommensquellen bringen, die weniger dem Reich als vielmehr den sich in ständig wachsenden Schwierigkeiten befindlichen Gläubigern der Länder und Gemeinden zugutekommen soll. In politischen Kreisen erhalten sich die Gerüchte über eine bevorstehende Erhöhung der Umsatzsteuer. Es heißt, daß gewisse Regierungsstellen sogar an eine Verdoppelung der Umsatzsteuer dächten. Gesprochen wird schließlich auch noch von der Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer, die aber diesmal nicht mehr zur Zinsbedeckung, sondern auch zu dem oben erwähnten Zweck der Sicherung der Länder- und Gemeindefinanz verwendet werden soll.

Dr. Luther über die Aufgaben der Reichsbank

Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther in der Schlusssitzung des Wirtschaftsbeirates hatten folgenden Gedankengang: Von der Währung her oder mit Mitteln der Kreditpolitik kann über das hinaus, was bereits jetzt geschieht, ein Anstoß zur Belebung der Wirtschaft nicht gegeben werden. Die Verlautbarung des Wirtschaftsbeirates betont sehr richtig, daß Reichsregierung und Reichsbank alle erforderlichen und möglichen Maßnahmen zur Stärkung des Devisenvertrages treffen müssen. Es ist ein tragisches Schicksal, daß, während sonst in tiefen Krisen der Geldzins niedrig zu sein pflegt, Deutschland aus den besonderen Voraussetzungen seiner allgemeinen Lage heraus zur Zeit in der Gestaltung der Diskontpolitik ungemein behindert ist. Um so mehr wird man die anderen Absichten und Empfehlungen des Wirtschaftsbeirates verwirklichen müssen, wie z. B. von der Seite der Habenzinsen und der Verringerung der Zinsspannen auf Verbilligung der Zinssätze hinarbeiten.

Ein Beendigung des deflationistischen Geschehens in der Welt würde neben den notwendigen außenpolitischen Entscheidungen den entscheidenden Anstoß zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise geben. Zu solcher nur auf internationaler Grundlage möglichen "Antideflationpolitik" kann Deutschland nur wenig beitragen. Für Deutschland kommt es vielmehr darauf an, innerhalb der Krise nicht an den Voraussetzungen seiner internationalen Wirtschaftsarbeit mitzuleiden. Es sind noch wichtige Teile unseres Wirtschaftslebens vorhanden, die von der Kostenenkung nicht hinreichend ergötzt sind. Darüber hinaus aber steht Deutschland seit dem 20. September, dem Tage der Pfundentwertung, vor einem besonderen Problem, dem noch in keiner Weise ausreichend, zum Teil überhaupt noch nicht Rechnung getragen ist.

Daß Reichsregierung und Reichsbank sich am 20. September nicht entschlossen, auch die deutsche Reichsmark abwerten zu lassen, war im eigentlichen Sinn gar keine Entscheidung, sondern nur der Ausdruck einer durch die Verschuldungslage Deutschlands, wie durch die Inflationserfahrung des deutschen Volkes notwendig gegebene Schlussfolgerung. Aber ebenso notwendig ist die weitere Schlussfolgerung, daß das, was England durch die Pfundentwertung von der Geldseite her getan hat, und worin andere Länder ihm gefolgt sind, in Deutschland von der Preis- und Lohnseite her getan werden muß. Dieser allgemeine Senkungsvorgang wird, wenn er in hinreichender Breite und mit allem Nachdruck ausgeführt wird, sich nicht als Herabminderung der inneren Kaufkraft auswirken. Von entscheidender Bedeutung und zwar auch gerade unter den Gesichtspunkten der Währung aber sei, daß jetzt umfassend und durchgreifend gehandelt werde.

Die Sozialdemokraten beim Reichskanzler

In der Reichskanzlei fand am Montag Abend eine Besprechung von Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichskanzler statt. Dieser Besprechung wohnten außer den Abgeordneten Aufhäuser, Breitscheid, Herz und Hilferding, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsminister Stegerwald bei. Wie von sozialdemokratischer Seite mitgeteilt wird, warnte Dr. Breitscheid die Regierung namens seiner Fraktion davor, die in dem Bericht über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms zu machen. Er verwies hauptsächlich auf die Sache über die Lohnsenkung und des Tarif- und Schlichtungsrecht. Während von der Preisenkung bisher nur in sehr allgemeinen Wendungen die Rede sei, werde die Notwendigkeit einer weiteren Lohn- und Gehaltskürzung mit dürren Worten als unvermeidlich bezeichnet. Das Tarifrecht werde unterminiert. Mache die Regierung diese Thesen zur Grundlage ihrer neuen Notverordnung, so würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben könnten.

Die Sozialdemokraten betonten, ihre Besorgnisse seien durch diese Erklärung keineswegs zerstreut. Sie ersuchten die Regierung nochmals, mit allem Nachdruck bei ihrer Verhandlungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterklasse zu nehmen.

An der Schlusssitzung des Wirtschaftsbeirates haben, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, die drei landwirtschaftlichen Mitglieder, Dr. Brandes, Holtmaier und von Oppen, sowie der Gewerkschaftler Suhr vom Afa-Bund nicht teilgenommen. Entgegen anders lautenden Gerüchten teilt der Deutsche Gewerkschaftsbund mit, daß die Gewerkschaftsvertreter im Beirat sich niemals in Gegensatz zur Regierung Brüning gestellt hätten. Sie hätten lediglich unter Betonung des Arbeitnehmerstandpunktes ihre Meinung zum Verlauf und zum Ergebnis der Beratungen dargelegt.

Tagung des Ältestenrats des Reichstags

Kürzung der Reichstagsdiäten?

21. Berlin, 24. Nov. Der Ältestenrat des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Donnerstag, den 26. November, 17 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Neuberechnung der Ausschüsse, ferner eine Anregung zur Veränderung des Diätengesetzes. Wie verlautet, handelt es sich bei dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung nicht um bestimmte Anträge, sondern um Anregungen teils von Abgeordneten, teils von privater Seite.

Gefallenen-Gedenkfeier im Reichstag

Die Gedenkfeier der Kriegsbefehlshaber

— Berlin, 23. Nov. Für die Toten des Weltkrieges veranstaltete im Plenarsaal des Reichstages der Reichsbund der Kriegsbefehlshaber und Kriegsteilnehmer eine Gedenkfeier, an der Angehörige der Parlamente und Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden teilnahmen. An der musikalischen Ausgestaltung der Feier wirkten unter anderem der Gesangsverein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer mit. Der erste Vorsitzende des Reichsbundes sagte in seiner Gedächtnisrede: Worte sind zu schwach, um die Opfer des Krieges richtig zu würdigen. Wir haben die Pflicht, uns gegen eine falsche Romantik zu wenden. Kriege sind Menschenwerk. Darum soll unser Glaube sein, daß sie auch durch Menschen überwunden werden können. Die Opfer des Krieges sind eine ernste Mahnung für die Jugend. Ihr Jüngling schafft eine bessere Welt ohne Krieg! Alle aber mahnen unsere toten Helden, daß wir den Lebenden dienen und den Hinterbliebenen der Gefallenen mit allen unseren Kräften helfen sollen. So ehren wir unsere toten Kameraden am besten.

Nationalsozialismus und Wirtschaft

— U. Halle (Saale), 23. Nov. Vor einem Kreis geladener Gäste aus der mitteldeutschen Wirtschaft sprach der Wirtschaftspolitiker der NSDAP, Dr. Wagner, über das Thema „Nationalsozialismus und Wirtschaft“. Er bestritt das im letzten Jahrhundert als selbstverständlich hingewommene Primat der Wirtschaft. Tatsächlich sei das Volk das Primäre. Erfolgreiche Politik setze Einseitigkeit des Willens voraus. Brünning scheiterte an der Tatsache, daß er mit heterogenen Mächten zu arbeiten versuchte. Die Haltung unserer Anleihegläubiger sei eine Frage des Vertrauens. Eine starke Regierung werde auch das Vertrauen des Auslandes zu finden wissen.

Das Goldvolumen entspreche nicht mehr dem Volumen der Wirtschaft. Abschaffung der Goldwährung sei das letzte Fernziel. Verständigung mit England und Italien müsse die Möglichkeit geben, ein Moratorium von Frankreich zu erzwingen. Wirtschaftliche Folge werde die Loslösung vom Weltmarkt sein. Diese Situation erfordere zwei Maßnahmen: Außenhandelskontrolle mit Einfuhrnebelung und Exportprämierung aus Mitteln einer Importzollsteuer. Zweitens Schaffung einer Devisenzentrale. Der innere Zahlungsmittelumlauf sei durch eine Währungsbank zu regulieren. Inflationäre Maßnahmen, wie die Diskontierung von Finanzwechseln, seien abzulehnen. Die Geldumlaufregelung erfolge ausschließlich im bargeldlosen Verkehr, insbesondere durch Warenwechsel-Diskontierung. Der Diskontsatz dürfe 2-3 v. H. nicht übersteigen. An die Stelle der zinsfordernden Kapitalbildung müsse das Prinzip der Gewinn- und Verlustmöglichkeiten einschließlich der Beteiligung treten. Finanzierungsmöglichkeiten würden geschaffen durch die von der Währungsbank zu gewährenden Amortisationsdarlehen mit einem Zinssatz von höchstens zwei Prozent. Die Kaufkraft sei zu steigern durch Senkung der Preise, Senkung der fixen Unkosten sei möglich durch Steuerentlastung und Steuervereinheitlichung, sowie durch Vereinfachung der zinsfordernden Kapitalbildung. Am Wirtschaftserfolg habe nicht nur der Unternehmer ein Anrecht, sondern alle Mitarbeiter. Selbstfinanzierung aus dem Gewinn zum Zweck der Betriebsvergrößerung sei abzulehnen. Aller absolute Gewinn müsse in Kaufkraft umgewandelt werden. Nicht Geldvermögen, sondern Warenvermögen müssen durch Spartätigkeit geschaffen werden. Demgemäß werde eine rigorose Erbschaftsteuer nur Geldhinterlassenschaften erfassen.

Bum Schluß entwickelte Dr. Wagner den Gedanken eines berufsständischen Staatsaufbaues. Die Vereinfachung des Klassenkampfgedankens sei nur durch den Aufbau eines ständischen Wirtschaftssystems mit scharfer Trennung von Wirtschaft und Staat möglich. Wichtigste Aufgabe sei fortgesetzte Rückgliederung des Bevölkerungsschlusses von der Stadt auf das Land, was allerdings Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität voraussetze. Wenn der Nationalsozialismus nicht mehr ausreiche, werde der Nationalsozialismus nicht davor zurückschrecken, neuen Raum, sei es auch mit Gewalt, zu schaffen. Den Ständekammern sei weitgehender Einfluß auch auf die Rechtspflege, die Steuerlastenverteilung, die Finanzwirtschaft und die Sozialpolitik einzuräumen. Deutschland werde einen autarken Wirtschaftskörper mit dem Balkan, Skandinavien und vielleicht auch England bilden müssen. Diesem autarken Organismus würden seine geistigen und materiellen Reserven bald eine Ueberlegenheit gegenüber anderen Autarkien geben können.

Anfechtung der Hessewahlen

durch die Wirtschaftspartei

— U. Frankfurt a. M., 23. Nov. Der Landesverband Hesse der Wirtschaftspartei hat in seiner Wahlkreisversammlung in Frankfurt a. M. einstimmig beschlossen, die hessischen Wahlen vom 15. November anzufechten. Der Beschluß gründet sich nach Ansicht der Wirtschaftspartei auf die Nichtzulassung der Partei.

Was die Arbeitslosenfürsorge kostet

13 Milliarden Reichsmark seit 1924

Aus einer Uebersicht ergibt sich, daß seit Beginn des Jahres 1924 bis einschließlich Juli 1931, bis zu welchem Monat die amtlichen Nachweisungen gehen, die unmittelbaren Ausgaben Deutschlands gegen die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum insgesamt fast 11 Milliarden Reichsmark betragen. Bis Ende des Jahres 1931 wird die Gesamtsumme 12 Milliarden übersteigen und bis zum Frühjahr 1932 an 13 Milliarden Reichsmark herankommen. Hierbei sind die unmittelbaren Kosten der Arbeitslosigkeit nicht mitgerechnet, die sich darstellen im Produktionsausfall und in der veränderten Kaufkraft der mittelbar und unmittelbar Betroffenen.

Politische Kurzmeldungen

Im Reichsfinanzministerium hat eine Besprechung über die Haushaltslage stattgefunden. Der Präsident des Statistischen Reichsamtes, der Reichsbankpräsident und der Sparkommissar nahmen daran teil. Wie man hört, macht der beispiellose Rückgang der Reichseinnahmen sofortige neue Kürzungen am Reichshaushalt notwendig. — Der nationalsozialistische Parlamentsdienst schreibt, daß die NSDAP es ablehne, sich den Rechtsparteien anzuschließen und in einem Rechtsblock unterzukriechen. Im sozialistischen Nationalstaat des Dritten Reiches werde zwischen rechts und links kein Unterschied bestehen. — In Brandenburg ist der frühere preussische Innenminister v. Voelckel, einer der klügsten und fähigsten Köpfe der alten deutschen Konservativen, gestorben. — Der Stadt Mannheim, deren Verwaltung a. St. vom Reichsfinanzkommissar geprüft wird, ist es gelungen, im neuen Etat an sachlichen Ausgaben 24 Millionen RM. zu streichen. — Die spanische Nationalversammlung hat Königin Alfonso des Hochverrats für schuldig befunden und ihm den Schutz der Gesetze entzogen. Die königlichen Güter werden vom Staat eingezogen. — Aus Gelsingfors wird berichtet, daß die finnische Regierung in der Frage des Alkoholverbotes an das Volk appellieren will. Die Volksabstimmung soll am 28. Dezember vor sich gehen. — Die Summe der von der öffentlichen und privaten Wirtschaft Deutschlands aufgenommenen Kredite dürfte am 30. Juni d. J. etwa 95 Mrd. Mark betragen haben, das sind 23 Mrd. Mark weniger als Ende 1913. Die Verzinsung dieser Kredite erfordert jedoch, nach

einer Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung, jährlich über 2 Mrd. RM. mehr als im Jahre 1913 für die damalige Kreditverschuldung an Zinsen aufgebracht werden mußte. Sie belief sich damals jährlich auf 5,5 Milliarden, heute beträgt sie über 8 Milliarden RM.

Die Lage in der Mandchurei

Vor neuen Kriegshandlungen

Nachrichten aus Chargin zufolge haben sich die Truppen Mas in Tailaichen wieder gesammelt und bereiten sich zum Widerstand vor. Ein japanisches Bombengeschwader hat zum zweiten Mal Hailun bombardiert. Das japanische Finanzministerium will eine Kreditsanleihe zur Deckung der Kosten der japanischen Militärexpedition in Höhe von 35 bis 50 Millionen Yen aufnehmen.

Englische Waffenlieferungen an Japan und China

Auf die Frage eines Abgeordneten im englischen Unterhaus, ob in den letzten 6 Monaten englische Waffenlieferungen nach China und Japan im Ueberschuss abgesetzt worden seien, antwortete ein Regierungsvertreter, daß die Regierung in der fraglichen Zeit Genehmigungen zu solchen Waffenlieferungen an beide Staaten erteilt habe.

Die Grubenkatastrophe in England

— London, 23. Nov. Die Berlntliste der bei der Grubenkatastrophe in Bentley durch Schlagwetter Verunglückten umfaßt jetzt 35 Tote, 5 Vermisste und 19 Schwerverwundete. Es besteht keine Hoffnung mehr, die fünf Vermissten überhaupt noch bergen zu können. Sechzehn der Opfer starben auf dem Transport ins Krankenhaus. Neun weitere Schwerverwundete sind in der vergangenen Nacht gestorben. Die meisten der 19 in den Krankenhäusern Untergebrachten haben so schwere Brandwunden erlitten, daß man fürchtet, sie nicht mehr am Leben erhalten zu können. Fünf von ihnen haben ihr Augenlicht verloren. Die Bentley-Grube ist eines der größten Kohlenbergwerke in Süd-Yorkshire und beschäftigt durchschnittlich über 3000 Arbeiter.

Nachrichten aus aller Welt

Das Schwurgericht Offenburg (Baden) verurteilte eine Landwirtin aus Freistadt und deren Dienstmagd wegen Giftmordes, begangen an ihrer eigenen Schwiegermutter, zum Tode. Der Ehemann erhielt wegen Beihilfe zwölf Jahre Zuchthaus. — In einem Steinbruchbetrieb der Oberpfalz gerieten zwei Arbeiter unter einen in rasender Fahrt befindlichen, beladenen Kippwagen; sie waren auf der Stelle tot. — Im Nordwesten Berlins tötete ein Arbeitsloser seinen 20jährigen Sohn im Verlauf eines Streites durch einen Kopfschuß. — Der Stadtbaumeister Kiehl in Potsdam wurde unter dem Verdacht der Bestechung in Haft genommen; er soll von Baufirmen Bestechungsgelder in Höhe von 30 000 RM. erhalten haben. — In Essen verurteilte ein Hausverwalter 60 000 RM. — Ein Bettler ermordete in Hamburg die Ehefrau eines Getreidekontrollors und raubte aus der Wohnung 50 RM. — Bei einem Treppenbrand in einem Kopenhagener Mietshaus gerieten 30 Personen in Lebensgefahr. Die Feuerwehr rettete die Betroffenen aus dem 3. und 4. Stock über zwei mechanische Leitern. — Die Verteilung der Wiener Kreditauslast soll 300 000 Schilling Verteilungsgelder an Zeitungsunternehmen bezahlt haben, um den erfolgten Zusammenbruch der Bank vor der Öffentlichkeit zu verschleiern. Die journalistischen Landesorganisationen haben sich der Sache angenommen, die vor einem Ehrengericht ausgetragen werden soll.

Wohlbrot der Bakterienfilter
in der Westentasche
desinfiziert Hals und Mund!

KAMPF UM OMEGA

Roman von Kurt Martin Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain. Nachdruck verboten

Salenzycia lächelte verächtlich. „Lassen Sie jede Aufregung beiseite! Es nützt Ihnen das gar nichts. — Gehen Sie auch nicht die Torheit, mich anzufallen! Würden Sie mich töten, so bedeutete das auch Ihren Tod und gleichzeitig den Tod des von Ihnen geliebten Mädchens. Wollen Sie also das Leben des Mädchens nicht in Gefahr bringen, dann lassen Sie jetzt Ihre feindliche Haltung beiseite! Kommen Sie her, sehen Sie sich, und lassen Sie uns ruhig verhandeln!“

Klaus ballte die Fäuste. „Was wollen Sie von mir?“ „Sie sollen alles hören! Wahrscheinlich werden Sie aber doch einige Zeit mein Gast sein. Ich habe deshalb durch Stojzief Ihrem Rutscher sagen lassen, Sie führen nicht mit ihm zurück. Der Mann ist bezahlt worden und fortgefahren.“ Klaus kam näher. „Wenn Hilde Ohlemark ein Leid geschieht, wenn ihr auch nur das kleinste Leid geschieht — Sie werden es mir hundertfach büßen!“

Salenzycia deutete auf einen Sessel. „Setzen Sie sich! Fräulein Ohlemark wird nichts geschehen — unter gewissen Voraussetzungen allerdings!“

„Sie soll Ihnen das Rätsel der Geheimschrift verraten?“ „Das ist jetzt nicht mehr nötig. — Wären Sie nicht gekommen, so hätte ich Sie dazu gezwungen.“

„Sie ist dazu ja gar nicht in der Lage! Das Geheimnis dieser Schrift kennen nur ich und mein Vater.“ „Das glaube ich Ihnen natürlich nicht. Fräulein Ohlemark als Gehilfin Ihres Vaters wird auch um diese Geheimschrift wissen.“

„Sie weiß nichts davon.“ „Zunächst spielt das jetzt keine Rolle! — Hauptsache ist, daß ich diese Aufzeichnungen besitze.“

Klaus sah den Mann finstern an. „Sie sind also der Dieb gemeint!“

„Irrtum! Ich habe nichts mit dem Einbruch in der Villa Ihres Vaters zu tun.“

„Sie haben Mag Ohlemark bestochen. Sie haben ihn zu der Tat veranlaßt!“

Salenzycia hob die Schultern. „Nehmen Sie es an!“ „Und was ist mit Daniel Lokadziej? Warum mußte er sterben?“

Salenzycias Züge verfinsterten sich. „Sein Tod soll nicht ungeklärt bleiben!“

„Sie kennen also Daniel Lokadziej?“ „Weshalb wollen Sie das wissen?“

„Sie haben es ja eben zugegeben!“

„Zerbrechen Sie sich nicht den Kopf über Dinge, die für Sie bedeutungslos sind. — Wir wollen unsere Beziehungen ganz klar festlegen. Ich besitze die Aufzeichnungen über „Omega“. Sie sind der Sohn und Mitarbeiter Ihres Vaters, des Erfinders dieser in ihrer Wirkung eigenartigen Gaswaffe. Ihr Vater hat mit diesem Gas eine Waffe erfunden, die sicherlich alle bisherigen Kampfmittel eines künftigen Giftgaskrieges wertlos macht. Das, was er selbst über seine Erfindung hat laut werden lassen, ist bestimmt keine Phantasie. Bei einem Professor Klüber weiß man, daß es sich um Tatsachen handelt, wenn er derartige Angaben macht. Sein Erfindertolz hat ihn nur vielleicht — unüberlegt handeln lassen. Sein Erfindertolz, und noch etwas! — Aber dies andere Etwas möchte ich nicht benennen. — Also Da sind die Papiere — hier sind Sie! — Und das von Ihnen geliebte Mädchen ist auch hier! — Sie dürfen mir glauben, es war mir vorhin eine Freude, beobachten zu können, wie leidenschaftlich Sie das Mädchen liebten, wie Sie beglückt waren, das Mädchen endlich gefunden zu haben. Nicht aus Anteilnahme an dem Liebesglück zweier Menschen freute ich mich natürlich; nein, aber ich freute mich deshalb über meine Wahrnehmung, weil ich jetzt weiß, daß Sie Hilde Ohlemark jedes Opfer zu bringen bereit sein werden. — Gehen Sie acht! Sie werden mit dem Mädchen frei sein, sobald Sie mir die geheimen Aufzeichnungen über „Omega“ in gut verständliche Sätze übertragen haben. Oder sagen wir noch besser: Sie werden mir alles sagen, was sich auf dieses Giftgas bezieht. Sie als Mitarbeiter Ihres Vaters wissen in allem Bescheid. Sie werden mir Ihre Kenntnisse offenbaren! Sagen wir: Sie vertrauen mir dies Geheimnis!“

Klaus wehrte heftig. „Nein! Das wird nie geschehen!“ „Seien Sie vorsichtig mit Ihren Erklärungen, Herr Dr. Klüber! — Sie werden meinen Wunsch erfüllen, um so besser ist es für Sie!“

„Es ist zwecklos, darüber zu sprechen. Ihr Ziel geht dahin, sich das Geheimnis von „Omega“ für Ihr Land zu sichern. Ich muß Ihnen aber sagen, daß mit meinem Willen keine politische Macht das Geheimnis dieses Giftgases in ihre Gewalt bekommen wird. Ich sehe in diesem Giftgas eine unglückselige Entdeckung, eine Gefahr für ganze Völker und damit eine Gefahr für die Menschheit. Ich biete nicht meine Hand dazu, einem Volke die Vernichtung eines anderen Volkes möglichst zu machen.“

Salenzycia schlug erregt auf den Tisch. „Lassen Sie diese Komödie! Mit derartigen schönen Worten wollen Sie etwas bei mir erreichen? — Nein! — Sie versuchen da auf besondere Weise, sich aus der Angelegenheit zu ziehen. — Geben Sie solche Versuche ein für allemal auf! — Es ist ja gänzlich gleichgültig, ob Sie Hand in Hand mit Ihrem Vater arbeiten oder gewissermaßen sein Gegner sind. Tatsache ist, daß Sie ein Mitarbeiter sind, daß Sie selbst die Ergebnisse seiner Forschungen aufzeichneten. Sie wissen also vollkommen Bescheid über das Wesen dieses Giftgases. — Ihr Wissen werden Sie mir ohne Hinterhalt offenbaren! Ich sage Ihnen schon jetzt: Versuchen Sie nicht, mir irgendeinen Schwindel aufzuspielen! Sie werden mir sagen, wie die Geheimschrift zu lesen ist, in der diese Aufzeichnungen abgefaßt sind. Sie werden mir aber auch Ihr eigenes Wissen über das Giftgas offenbaren. Ich werde dann veranlassen, daß auf Grund Ihrer Angaben von Fachleuten Versuche angestellt werden. Ihre Angaben werden also überprüft. — Erst wenn sich herausstellt, daß Sie mir nichts Irreführendes gesagt haben, daß Sie ehrlich alles Erforderliche aufgeklärt haben, wird Ihnen und Fräulein Ohlemark die Freiheit geschenkt. Solange aber bleiben Sie hier! Sie werden auch Fräulein Ohlemark erst wiedersehen, wenn Sie meinen Wunsch hinsichtlich des Giftgases restlos erfüllt haben.“

Klaus starrte auf den Sprecher. „Und Sie denken, ich erfülle Ihre Wünsche?“ „Nein!“

„Sagen Sie nicht mehr „nie“! Sie werden sogar meine Wünsche baldigst erfüllen!“

„Nein!“

(Fortsetzung folgt.)

Württembergischer Landtag

Der Landtag protestiert gegen Zentralisierungsabsichten des Reichs

In der letzten Woche kam es im Landtag unerwarteterweise zu einer hochpolitischen Aktion. Vom Zentrum lag eine große Anfrage vor, wie sich das Staatsministerium zu einschneidenden Verwaltungsmaßnahmen und Organisationsänderungen des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiete der Sozialversicherung stelle. Wirtschaftsminister Dr. Meißner erklärte sich zur sofortigen Beantwortung bereit und legte in mehrmaligen Ausführungen dar, das Reich sei der Ansicht, daß organisatorische Änderungen und Leistungsverfälschung bei der Sozialversicherung untrennbar seien. Man wolle den Präsidenten der Landesversicherungsanstalt zum Reichsbeamten machen. Die Württembergische Regierung habe schwere Bedenken gegen eine solche Neuordnung geltend gemacht, denn vom Standpunkt des Landes seien die Pläne des Reichs ein Rückschritt. Gerade wer eine sinnvolle organische Reichsreform bejahe, müsse einer solchen Teillösung mit allem Nachdruck entgegenreten. Es handle sich um eine sehr ernst zu nehmende Gefahr, über die die württembergische Regierung authentisches Material besitze. Man wolle die Versicherungsämter in den Oberamtsstädten im Oberversicherungsamt aufgehen lassen und die Oberversicherungsämter zu Reichsämtern machen. Weiter wolle das Reich die Landesversicherungsanstalten und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften aus dem Gefüge der Länder lösen. Schon lange gehe der Kampf darum, daß nicht weitere Beträge an das Reich abgehen. Die Regierung brauche in dieser überaus wichtigen Frage die Unterstützung des Parlaments. Man müsse unverzüglich Protest erheben. Die Aussprache ergab, daß Zentrum, Bauernbund, Bürgerpartei, Volkspartei, Ehr. Volksdienst, Demokraten und Volksrechtspartei die Meinung des Ministers voll teilten. Sie endigte mit der Annahme eines von dem Abg. Böck (Z.) und Vertretern anderer Parteien gestellten Antrags, worin das Staatsministerium ersucht wird, sich mit allem Nachdruck dagegen zu wehren, daß das Reich auf dem Gebiete der Sozialversicherungen Änderungen trifft, die die Zuständigkeit des Landes Württemberg beeinträchtigen oder ganz aufheben. Gegen den Antrag stimmten die Kommunisten, während sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten.

Dann wurde in der Beratung von Eingaben und Anträgen fortgefahren und u. a., nachdem sich mehrere Redner für ihre Bezirksinteressen geäußert hatten, ein Ausschufantrag angenommen, der das Staatsministerium ersucht, die durch Hochwasserkatastrophen verursachten Schäden in entgegenkommender Weise zu behandeln, dabei insbesondere Eingaben von Detlingen u. T., Ehlingen und Wendlingen u. a. Ehlingen zu berücksichtigen. Staatspräsident Dr. Böck teilte mit, daß alle privaten Schäden von der Zentralleitung für Wohltätigkeit behandelt würden und daß von den angemeldeten Schäden der Gemeinden in Höhe von 130 000 RM. der Staat 60 000 RM. als Beiträge ausbezahlt habe. Von diesen Gemeinden sei überhaupt noch kein Antrag gestellt worden. Eine Aussprache knüpfte sich dann auch noch an einen Ausschufantrag betr. Milderung der hohen Steuer-Verzugszuschläge, schonende Beitreibung der Gemeinde- und Staatssteuern, Steuerhündungen im Einzelfall, Senkung der übermäßig hohen Zinsätze, Senkung der Gemeindefinanzgaben und Hilfeleistung für die Gemeinden durch das Reich.

Im Laufe der Aussprache erklärte Finanzminister Dr. Dehlinger, es bestehe keine große Aussicht, daß die Reichsregierung die Verzugszinsen, die halbmonatlich fünf Prozent und jährlich 120 Prozent betragen, mildere. Auf die Finanzämter, die Reichsbehörden sind, könne das württ. Finanzministerium nicht einwirken. Nur das Reich könne Abhilfe schaffen. Die Länder und die Gemeinden seien vom Reich gezwungen, dieselben Verzugszuschläge zu erheben. Am 1. November hatten wir in Württemberg 4,5 Millionen RM. Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sowie 4 Millionen RM. Gebäudeverschuldungssteuer im Rückstand. Das zeige, daß die württ. Behörden sehr milde vorgehen. Auch die Gemeinden seien zu schonendem Vorgehen angewiesen worden.

Den Hauptinhalt der letzten Landtagssitzung bildeten zwei Initiativgesetzentwürfe betr. Änderung des Landtagswahlgesetzes. Zugestimmt wurde einem Entwurf des Abg. Bauer (W.) betr. Aufhebung des Absatzes 2 des Art. 20 des Landtagswahlgesetzes. Es handelt sich dabei um eine vom Staatsgerichtshof des Deutschen Reichs bereits für ungültig erklärte Bestimmung hinsichtlich der Verteilung der Abgeordnetenstimme auf die Bezirks- und Landeswahlkreise. Der Regierung nur zur Kenntnisnahme und nicht wie gewünscht zur Berücksichtigung überwiesen wurden ein demokratischer Gesetzesvorschlag und eine Eingabe des Verbandes württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen. Der Abg. Henne (Dm.) begründete diesen Gesetzesvorschlag und wies darauf hin, daß bei einer Einerverwahl im Bezirk das Vertrauensverhältnis zwischen Wählern und Abgeordneten gestärkt würde. Der Wähler wolle nicht nur Stimmzettler einer Partei sein. Das Listenwahlrecht sei seit Jahren einer immer schärferen Kritik ausgesetzt. Es treibe viele Wähler von der Wahlurne weg und sei auch eine Ursache der Parteienzersplitterung. Von weiten Kreisen werde ein neues Wahlrecht gefordert. Die Abg. Körner (W.) und Köhler (Z.) legten dar, daß es ein ideales Wahlgesetz, das alle Wünsche befriedige, nicht gebe. Bei einer Änderung würde kaum etwas Besseres erzielt werden. Auch die Abg. Bauer (W.), Dr. Gölscher (W.) und Rath (D.) wandten sich gegen die Eingabe der Gewerbevereine. Letzterer sprach im Zusammenhang damit von einer geradezu krankhaften Veränderungsstimmung in Deutschland. Der Abg. Köhler (Dm.) nannte den Verwaltungsausschuß überwiesen wurde ein Antrag Körner (W.), das Staatsministerium möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Bestimmungen der Notverordnung vom 28. März zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen alsbald einer Nachprüfung unterzogen und dabei auch die von den Organisationen der deutschen Presse gemachten Vorschläge berücksichtigt werden. Eine

Abänderung dieser Notverordnung soll möglichst rasch bei folgenden Bestimmungen herbeigeführt werden: für die Zeit von 6 Wochen vor politischen Wahlen werden die Bestimmungen über die Anmeldungen und Bekanntmachungen von Versammlungen, die der Vorbereitung und der Durchführung von Wahlen dienen, außer Kraft gesetzt; für Wahlflugblätter, Wahlausrufe und Wahlplakate wird die Genehmigungspflicht jeder einzelnen Ortsbehörde aufgehoben. Die nächste Sitzung des Landtages findet am Donnerstag statt. Am 28. November wird der Landtag seine Beratungen in diesem Jahr abschließen und sich bis Januar 1932 vertagen.

Aus den Parteien

Rundgebung der Volksdienst-Fraktion des Reichstages

Die Reichstagsfraktion des Christlich-sozialen Volksdienstes weckte zu wichtigen Beratungen in Stuttgart. Die Fraktion nahm den Bericht ihres Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneter Simepndörfer entgegen und faßte folgende Entschliebung: Die Fraktion gibt in Stuttgart als dem Ausgangspunkt der Bewegung einmütig der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die Grundlagen für die Arbeit des Volksdienstes sich bewährt haben, daß seine Zielsetzung notwendig und daß der gewählte Weg der richtige war. Im Kampf um Recht und Freiheit unseres Volkes und im Ringen um die innere Neugestaltung Deutschlands steht der Volksdienst in vorderster Front, bereit in Verteidigung und im Angriff den von ihm als notwendig erkannten Kampf mit dem Einsatz aller Kräfte zu führen. In dem bereits erfolgreich eingeleiteten Kampf um die Revision der Verträge fordert der Volksdienst von der Regierung die Inangriffnahme einer Gesamtregelung der uns aufgezogenen Lasten. In den neuerdings bekannt gewordenen Schritten der Regierung sieht der Volksdienst eine zweckmäßige Maßnahme, die eine bereits über den Youngplan hinausgreifende Behandlung der Gesamtfrage ermöglicht. Der Volksdienst verlangt von der Regierung, daß sie sich nach wie vor keinerlei politischen Bedingungen unterwirft. Im Blick auf die Schwere des begonnenen Kampfes muß die Regierung die Zusammenfassung aller willigen Kräfte erstreben und besonders auch die in Opposition stehenden rechtsradikalen Kreise als politischen Kraftfaktor im Revisionskampfe auswerten.

Der Volksdienst verurteilt mit aller Schärfe den politischen Terror und die politischen Morde. Der Fraktionsvorsitzende hat im Auftrag der Fraktion beim Reichspräsidenten, beim Reichskanzler und beim Reichsinnenminister u. a. auch die Forderung erhoben, daß diesem verhängnisvollen Treiben auf schnellstem Wege und mit allen Mitteln Einhalt geboten werde, um dadurch die höchste staatspolitische Aufgabe, den Landfrieden zu sichern, zu erfüllen. Nicht zuletzt verlangt der Volksdienst dabei auch schärfstes Vorgehen gegen alle diejenigen Elemente, die durch ihre hemmungslose Hezarbeit die Nord-Atmosphäre erzeugen. Wegen die für Weihnachten angekündigte Offensive der Gottlopropaganda verlangt die Volksdienstfraktion ebenfalls schärfsten Einsatz der Staatsgewalt. Die Fraktion vertraut, daß die von den maßgebenden Stellen in dieser Richtung gegebenen Zusagen raschstens erfüllt werden.

Mit großer Sorge verfolgt der Volksdienst das verhängnisvolle Ansteigen der Not in der Veredelungs- und Wirtschaft stehenden Bauernschaft. Er muß auf restlose Einlösung der seinem Vorsitzenden von den höchsten Reichsstellen bis zum Reichsarbeitsminister gegebenen Zusagen und auf rascheste Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen bestehen. Von der kommenden Notverordnung erwartet der Volksdienst außerdem in wirtschaftlicher Beziehung besonders die Auflockerung der Kartelle, wirksame Eingriffe in das Bank- und Kreditwesen und die Anpassung der Tarife an die heutigen Verhältnisse mit dem Ziel besonders auch den am Boden liegenden mittleren und kleineren von Unternehmer noch persönlich geführten Industrie-, Handwerks- und Gewerbebetrieben wieder neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Als ein dringendes Gebot der Stunde erachtet der Volksdienst die Ueberwindung der sittlichen Krise unseres Volkes. Eine der wichtigsten Voraussetzungen hierzu ist angesichts der sich häufenden Korruptionsfälle eine Handhabung der Justiz, die frei von Parteipolitik und unter Abkehr von einer falschen Humanität dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes in beschleunigten Verfahren entspricht. Im deutschen Vaterland muß jedes Verbrechen wieder seine gerechte Sühne finden.

Aus Stadt und Land

Calw, 24. November 1931.

Dienstnachrichten

Studiendirektor Rothweiler an dem Realprogymnasium und der Realschule in Calw ist eine Oberstudiendirektorstelle an der Oberrealschule in Ehlingen übertragen worden.

Durch Entschliebung des Herrn Kirchenpräsidenten ist die Pfarrei Schwann, Def. Neuenbürg, dem Pfarrverweser Friedrich Honeder in Neuenbürg, Def. Blausteden, einem Sohne von Postinspektor a. D. Honeder in Calw, übertragen worden.

Zur Calwer Gemeinderatswahl

Bis zum Abend des gestrigen letzten Anmeldeabendes waren bei der Calwer Stadtverwaltung sieben Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl eingegangen. Es sind eingereicht worden: zwei Wahlvorschläge von der Bürgerpartei und je einer von der Sozialdemokratischen Partei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei, dem Städt. Hausfrauenverein und von parteilöser Seite. Der Wähler wird also reichlich Auswahl haben.

Handarbeits-Ausstellung

Vergangenen Sonntag fand im Gasthof z. Bären in Calw eine wohlgelungene Ausstellung von Arbeiten statt, die in einem vierzehntägigen Näh- und Stickerkurs der Singer-Nähmaschinen AG. unter Anleitung der Kursleiterin Frau Bernhart von 28 Teilnehmerinnen gefertigt waren.

Zweck des Kurses war es, die teilnehmenden Mädchen und Frauen mit der Ausführung feiner Näh- und Stidarbeiten auf der Nähmaschine vertraut zu machen. Die ausgefallenen Arbeiten zeigten die Vielseitigkeit der Verwendungsmöglichkeiten der Nähmaschine. Man sah Stidereien, Hohlbaum-, Smyrna- und Wollarbeiten, Bastarbeiten u. a. auch das Stopfen auf der Maschine wurde von den Kursteilnehmerinnen erlernt. Die sehr hübschen, zur Schau gestellten Arbeiten wie Zierkissen, Decken, Basttaschen u. a. m. fanden die uneingeschränkte Anerkennung der zahlreichen Besucherinnen.

Zur Gefallenen-Gedenkfeier am Calwer Ehrenmal

Dem gestrigen Bericht über die Gefallenen-Gedenkfeier am Ehrenmal vor der Calwer Stadtkirche ist noch nachzutragen, daß sich auch die Ortsgruppe Calw des Reichsbanner 3 Schwarz-Not-Gold mit einer Fahnenabordnung an der Feier beteiligte. Während des Hauptgottesdienstes in der evang. Stadtkirche brachten die Sänger der „Concordia“ unter Leitung ihres Chormeisters Albert Fischer den Chorgesang „Siehe, wie dahinstirbt der Gerechte“ von Jakobus Handl in ausgezeichnete Weise zum Vortrag.

Wiener Operette Krajensthy in Calw

Wie bereits mitgeteilt, gelangt heute Abend im Bad. Hof die beliebte Volksoperette „Das Schwarzwaldmädel“ von Jettel zur Aufführung. Die Aufführung der lustigen Operette, die aber auch tieferer Momente nicht entbehrt, verspricht unseren Theaterfreunden einen genussreichen Abend bereiten.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag

Unter dem vorwiegenden Einfluß des östlichen Hochdrucks ist für Mittwoch und Donnerstag zeitweilig heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Ragold, 23. Nov. In der „Traube“ fand am Sonntag eine aus den Bezirken Ragold, Herrenberg und Calw stark besuchte Totengedenkfeier der Jungbauerngruppen des württ. Bauernbundes statt. Reichstagsabgeordneter Haag hielt die Gedächtnisrede. Ferner sprachen Bezirksgeschäftsführer Glaser-Sulz als Jungbauernvertreter und als Stahlhelmvertreter Gutsbesitzer Adlung-Endlingen.

Arkenfeld, 23. Nov. Der Ausschuß des Krieger- und des Militärvereins hat beschlossen, dem Ernst der Zeit Rechnung tragend, in diesem Jahr eine Weihnachtsfeier nicht abzuhalten und bedürftige Kameraden mit einer Weihnachtsgabe zu erfreuen. Der Verein ist damit auch einer Bitte des Präsidiums des württ. Kriegerbundes nachgegeben, das darauf hinweist, daß man dem Ernst der Zeit Rechnung tragen und die Weihnachtsfeiern nach Möglichkeit einschränken soll.

St. Pforzheim, 23. Nov. Heute früh wurde von Arbeiter bei der Auerbrücke die Leiche des bei dem letzten Hochwasser im August verunglückten Goldschmieds Stall aus Brödingen gefunden. — In der Nacht zum Sonntag wurde der 41 Jahre alte Schneider Gottlob Scheuermann von hier, als er auf der Landstraße von Eutingen heimkehrte, von einem Kraftwagen, dessen Scheinwerfer nicht abgeblendet waren, angefahren und zu Boden geschleudert. Scheuermann erlitt dabei schwere Kopfverletzungen und blieb bewußtlos liegen. Der Kraftwagen rastete in der Richtung nach Pforzheim davon.

St. Freudenstadt, 23. Nov. Der 62 Jahre alte Landwirt J. G. Frey von Huzenbach ist tödlich verunglückt. Mit dem letzten Zug in Huzenbach ankommend stieg er auf der falschen Seite aus. Es wurden ihm beide Füße abgequetscht. Im Bezirkskrankenhaus Freudenstadt ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

St. Stuttgart, 23. Nov. Durch Verordnung des Reichsfinanzministers vom 19. November werden folgende neun Finanzämter in Württemberg aufgehoben: Blaubeuren, Gaildorf, Grobbohm, Göggingen, Kapfenburg, Vöhringen, Not am See, Spaichingen und Sulz. Der Zeitpunkt der Aufhebung ist dem Präsidenten des Landesfinanzamts Stuttgart überlassen. Wie der Präsident in einer Pressekonferenz mitteilte, ist in Aussicht genommen, diese neun Finanzämter sämtlich auf 1. April 1932 aufzuheben.

St. Stuttgart, 23. Nov. Am Totensonntag fand auf dem Waldfriedhof eine Gefallenen-Gedenkfeier statt, zu der die württ. Staatsregierung und die Stadt Stuttgart eingeladen hatten. Die große Wiese vor dem Kreuz füllte eine nach vielen Tausenden zählende Trauergemeinde. Den Abschluß der weihewollen Stunde bildete der Abmarsch zum Gefallenen-Ehrenmal, an dem die Ehrengäste, die Reichswehr und die verschiedenen Vereine und Abordnungen unter den Klängen eines Armeemarsches vorbeizogen.

St. Stuttgart, 23. Nov. Der kommunistische Rechtsanwalt Dr. Hainz aus Stuttgart war mit 3800 RM. in die Schweiz gefahren. Er wurde in Singen bei der Kontrolle erwischt. Vor dem Amtsgericht Singen erklärte er, das Geld aus Gründen der Sicherheit mitgenommen zu haben, denn infolge seiner Stellung als führender Kommunist stehe er dauernd in Gefahr, daß bei ihm Hausdurchsuchung und Beschlagnahmen vorgenommen würden. Das Amtsgericht Singen erkannte, wie die Süddeutsche Zeitung berichtet, wegen fahrlässigen Vergehens gegen die Devisenverordnung auf 200 RM. Geldstrafe bzw. 20 Tage Gefängnis und Tragen der Gerichtskosten.

Ehlingen, 23. Nov. Am Sonntag wurde das von Prof. Fehrle in Gmünd geschaffene Gefallenen-Denkmal der Stadt eingeweiht. Es steht anstelle des Markbrunnens beim Rathaus. Die lebendige Idee des Brunnens wurde wieder gewahrt und die achtseitige Form des alten Brunnenbeckens beibehalten. Das Brunnenbecken aus Kunststein trägt als Abdeckung Bronzeplatten, in die die Namen der 1321 Gefallenen der Stadt eingemeißelt sind. In der Mitte des Brunnens erhebt sich eine 7 Meter hohe leuchtige Brunnen säule aus Würzburger Muschelfalkstein. — Die Bekrönung der Säule ist ein Adler aus heller Bronze, das Wappentier der Stadt, beschützend, bereit zum Aufflug.

St. Erbach, 23. Nov. Heute vormittag fuhr der Lastkraftwagen mit Anhänger des Sägewerks Hermann in Dellmensingen kurz vor Eintreffen des Schnellzugs, über den Bahnübergang zwischen Erbach und Dellmensingen, bei dem die Schranken nicht geschlossen waren. Die Schnelle

zugl. Komotive erfaßte den Anhänger und zertrümmerte ihn vollständig. Der 32 Jahre alte ledige Begleiter des Anhängers, ein Arbeiter aus Dellmensingen, wurde schwer verletzt nach Ulm ins Krankenhaus gebracht.

CB. Crailsheim, 23. Nov. Ein sehr hartes Geschick traf die Katharina Weiß aus Gailrot. Sie ging zum Dürrholzfelsen in den Wald, rutschte aus und brach dabei das Bein. So mußte die Berunglückte 4 Tage und 4 Nächte im Wald hilflos liegen bleiben, bis ein Jäger sie fand.

Turnen und Sport

Fußball

FC. Birkenfeld — Sportfreunde Ehlingen 1:0.
Stuttgarter Kickers — 1. FC. Pforzheim 2:2.
FB. Sussenhausen — Germania Brühlgen 0:2.
Anton Böckingen — SpV. Feuerbach 2:0.

Kreis Czuznekar.

FBgg. Mühlacker — FC. Erlingen 4:1.
Vikt. Enzberg — FC. Hohenfeld 5:0.

Fußball im Bezirk

Liebenzell — Unterreichenbach 3:4 (1:3)
Das in Liebenzell ausgetragene Spiel begann auf beiden Seiten aufgeregt, ging es doch um die Meisterschaft. In der

8. Minute erzielte Liebenzell den ersten Treffer. Unterreichenbach gelang es kurze Zeit darauf, zwei Tore und bis Halbzeit noch ein drittes Tor zu schießen, so daß man mit 3:1 für die Gäste die Plätze wechselten. In der zweiten Spielhälfte hatte anfangs Unterreichenbach immer noch Oberhand und erzielte auch das 4. Tor. (Ein 5. wurde vom Schiedsrichter nicht anerkannt.) Von da ab gingen die Gäste jedoch zur Verteidigung über, so daß die Liebenzeller Mannschaft verdient zu zwei weiteren Treffern kam. Somit endete das Spiel mit 3:4 Toren zu Gunsten Unterreichenbachs. Bedauerlich war das mehr wie harte Spiel, mußten doch nicht weniger wie 3 Spieler der Gästemannschaft, durch Stöße spielunfähig gemacht, vom Platz getragen werden. Der Schiedsrichter hatte das Spiel nicht genügend in der Hand.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Rückzahlung gekündigter Aufwertungshypotheken

Für gekündigte Aufwertungshypotheken, bei denen innerhalb der Dreimonatsfrist nach Kündigung ein Stundungsantrag nicht gestellt oder wieder zurückgenommen oder ganz oder zum Teil zurückgewiesen worden ist, kann wegen der veränderten Verhältnisse am Kapitalmarkt nach einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1931 er-

neut die Bewilligung einer Zahlungsfrist beantragt werden. Dieser Antrag muß bis spätestens 30. November bei der zuständigen Aufwertungsstelle gestellt sein. Nach diesem Zeitpunkt ist ein solcher Antrag nicht mehr möglich.

AG. Berliner Produktenbörse vom 23. Nov.

Weizen märk. 227—230; Futterweizen 210—212; Sommerweizen 230—233; Roggen märk. 201—203; Braugerste 168 bis 175; Futter- und Industrieernte 163—166; Hafer märk. 147—152; Weizenmehl 28,50—32,50; Roggenmehl 27,15—29,50; Roggenkleie 10,50—11; Viktoriaerbsen 24—30; Hl. Speiseerbsen 25—28; Futtererbsen 17—20; Peluschken 17—19; Ackerbohnen 16,50—18; Wicken 17—20; Lupinen blaue 11—12,50; dto. gelbe 13—15; Leinfüchen 13,60—13,90; Erdnufüchen 13,20—13,60; Erdnufüchenmehl 13,10—13,30; Trockenschnittsel 6,10—6,20; Speisekartoffeln weiße 1,30—1,40; dto. rote 1,40 bis 1,60; Odenwälder blaue 1,60—1,80; andere, gelbfl. 1,70 bis 2,00; Fabrikkartoffeln in Pfennig 7—8. Allgemeine Tendenz: sehr ruhig.

AG. Stuttgarter Landesproduktenbörse vom 23. Nov.

Sommergerste 18—20 (18,50—20); Futtergerste 16—17,50; Hafer 14—16 (14—16,50); alles andere unverändert.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Vorteile in Rücksicht kommen. Die Sachsituation

Die schönsten Kleider zu billigsten Preisen bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Weltenschwann—Oberriedt

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

Hochzeitsfeier

am Donnerstag, den 28. November 1931, im „Saal“ von Georg Kentschler, in Altburg freundlichst einzuladen.

Karl Blaisch

Sohn des † Joh. Blaisch in Weltenschwann

Katharine Wolle

Tochter des Jakob Wolle in Oberriedt

Kirchgang 12 Uhr in Altburg.

Breitenberg—Oberkollwangen

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 26. Nov. 1931, im Gasthaus zum „Hirsch“ in Oberkollwangen stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Friedrich Weinmann, Maurer

Sohn des Friedrich Weinmann, Landwirt in Breitenberg

Justine Lörcher

Tochter des Jakob Lörcher, Landwirt in Oberkollwangen

Kirchgang 12 Uhr in Oberkollwangen.

Einem j. Jagd geeigneten

Dachshund

im Auftrag zu kaufen gesucht. Reich Koller, Zavelstein

Guterhaltener

Kleiderschrank

(gestrichen)

1 Kommode

wird billig abgegeben
Altburgerstraße 11

Ein paar

Milchschweine

(versch.) sowie eine

Rub

samt Kalb hat zu verkaufen od. tauscht gegen Schlachtkuh

David Kentschler
Oberreichenbach



Denken Sie an die Kinder!

Weihnachten ist das Fest der Kinder. Schon jetzt werden die Wunschzettel zusammen gestellt. Bringen Sie sich den Müttern rechtzeitig in Erinnerung. Werben Sie durch die Anzeige im „Calwer Tagblatt“

Amtsgericht Calw.

Ueber das Vermögen der Firma Paul Kuchle in Calw, Inhaber Paul Kuchle, Kaufmann in Calw, Marktplatz wurde am 23. November 1931, nachmittags 4 Uhr, nach Ablehnung eines Antrags auf Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens das

Konkursverfahren

eröffnet. Zum Konkursverwalter ist Bezirksnotar Grathwohl in Calw bestellt worden.

Konkursforderungen sind bis zum 14. Dezember 1931 beim Konkursgericht anzumelden. Allgemeiner Prüfungs- und Wahltermin ist bestimmt auf

Mittwoch, den 23. Dezember 1931, vorm. 10 Uhr vor dem Amtsgericht Calw.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. Dezember 1931 Anzeige zu machen.

Wahl-Plakate

Handzettel

Stimmzettel

zu den bevorstehenden

Gemeinderatswahlen

liefert rasch und billig

die Druckerei dieses Blattes.

Wiener Operette

Krasensky in Calw

(Badischer Hof)

Dienstag, den 24. 11.,

abends 8 Uhr

Das Schwarzwaldmüdel

Operette in 3 Akten

von Jessel

Preise: RM. 2.—, 1.50

und 1.—.

Vorverkauf: Buchhandlung

Häussler.

Gute

Eiernudeln

Hörnle

und

Hohlnudeln

Pfd. zu 50 ¢

bei 5 Pfd. 47 ¢

bei 10 Pfd. 45 ¢

empfiehlt

H. Schnürle

Seigwarengeschäft

Arbeitspferd



Verkaufe einen 12jährigen

Braunwallach

sehr guter mittelschwerer

Einspänner (Preis 140 M)

Wer, sagt die Geschäfts-

stelle dieses Blattes.

Wie

sollen die Leute es erfahren, daß Sie etwas zu verkaufen haben, wenn Sie es nicht bekannt machen



Geben Sie noch heute eine kleine Anzeige im Calwer Tagblatt auf. Sie werden von dem Erfolg überrascht sein.

Futtermittel

billigst bei

Alfred Lutz

Sofort zu verkaufen

2 schwere

Arbeitspferde



Louis Barth
Calmbach

Bad Liebenzell, den 23. November 1931.

Statt Karten.

Dankagung



Für die liebevollen Beweise wohlthuender Teilnahme an dem so schweren Verluste unseres lieben Enschlafenen

Willy Schaible

sagen wir allen herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für seine liebevollen tröstlichen Worte, dem verehrlichen Kirchenchor für den erhebenden Gesang, der Feuerwehrkapelle für die schönen Trauerchöre, seinen Altersgenossen und dem Fußballverein für ihre Kranzniederlegungen, für die vielen Kranz- und Blumenpenden, sowie all denen, die den Enschlafenen zur letzten Ruhestätte begleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Schaible mit Angehörigen.

Freitag,

8 Uhr

Gymnastik

im

Bad. Hof

Verloren

am Sonntag abend zwischen

Lebergasse und Kinderheim

ein Schal

(Chenille), penfelfarbig.

Abzugeben gegen Belohnung b. d. Gesch.-St. ds. Bl.

Lehrling oder Lehrfräulein

mit nur guter Schulbildung

für sofort gesucht

Ritterdrogerie

Carl Bernsdorff.

Calw, den 23. November 1931.

Todes-Anzeige

Hiermit machen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Kathrine Grünwald geb. Schulz

heute von ihrem langen, mit großer

Gebuld ertragenen Leiden erlöst wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Grünwald u. Familie Just.

Beerdigung Mittwoch nachmittags 3 Uhr

vom Trauerhaus aus.

Sonderwoche

für gute Allgäuer Käse

von Dienstag, den 24. bis einschließl. Samstag, den 28. Nov.

erhält jeder Käufer bei Einkauf von bis 50 ¢ 1 Dessert-

käschen, bei einem Kauf über 50 ¢

1/2 Allg. Doppelrahmkäse gratis

„Delikat Gold“

Wir wollen Ihnen damit Gelegenheit geben eine Spitzenleistung

unserer Großkäserei zu probieren. Sie werden überrascht sein

von dem Wohlgeschmack und der Bekömmlichkeit und zu der

Ueberzeugung kommen, daß dieser Käse dem französisch. Käse

überlegen ist

Durchreifer Allg. Stangenkäse
Piund nur 50 ¢

Durchreifer Romadur halbfett
Stück nur 35 ¢

Durchreifer Romadur vollfett
Stück nur 40 ¢

Durchreif. Stangenkäse vollf.
1/4 Piund nur 25 ¢

Vollmilchcamembert 50% Fett
Ecke 20 ¢ Schachtel 1.10

Butterkäse 55% Fett
100 gr. nur 30 ¢

Münsterkäse 55% Fett
100 gr. nur 30 ¢

Dessertkäse halbfett
1 Stück 11 ¢ 3 Stück 30 ¢

Doppelrahm Delikat Gold
1 Stück 25 ¢

Schloßkäse vollfett
1 Stück nur 18 ¢

Frühstückskäse 30% Fett
1 Stück nur 15 ¢

Allgäuer Tilsiter vollfett
1/4 Piund nur 32 ¢

Echte Bierkäse
100 gr. 25 ¢

Allgäuer Großkäserei

Käse-Baur G. m. b. H.

Lederstraße Nr. 22